

3 SPD nimmt Anleihen bei Habermas & Co, Teil 3

Die Euro-Rettung aus dem Ideengut der Sozialistischen Internationale.

Von Marie Ringel

Habermas, Rümelin und Bofinger sind der Ansicht „*dass die Währungsunion ohne einen grundlegenden Strategiewechsel in ihrer jetzigen Form nicht mehr lange überleben wird*“. Die Euro-Rettung aber hat für sie oberste Priorität. Die **Währungsgemeinschaft ist für sie der „kategorische Imperativ“**, dem sich alle anderen Ziele und Handlungsmaximen unter zu ordnen haben, auch das Wohlergehen des eigenen Volkes, dem eigentlich jegliche Politik verpflichtet ist. Sie proklamieren ganz offen, dass auch die Existenz der Nation und des eigenen, souveränen Staates dafür aufgegeben werden müssen. Ihnen schwebt ein politisches Ordnungssystem von der Art vor, wie sie einst in den „Werkstätten“ der Sozialistischen Internationale erdacht worden sind. Doch damit verstoßen sie gegen grundlegende, in der Verfassung vorgegebene Werte! Diese haben für die drei SPD-Helfer minderen Status im Vergleich zur Euro-Rettung. Weder in den Medien noch in der Politik wurde dieser offensichtliche Zielkonflikt aufgegriffen und thematisiert. Deswegen wollen wir diese Unvereinbarkeit noch deutlicher aussprechen, in dem wir die Frage stellen: Welche der in der Verfassung vorgegebenen Werte dürfen eigentlich gestrichen werden, ohne als Verfassungsfeind eingestuft und verfolgt zu werden?

Kommen wir wieder zurück zu den „Niederungen“ ökonomischer Argumente zu denen auch die drei Professoren herabsteigen müssen. Sie stellen die Diagnose, dass die Ursache der Krise auf **systemische Probleme** zurückzuführen sei, die eine **systemische Antwort** erfordern, und diese sei eine **gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen** des Euroraums. Doch damit ignorieren sie die Fakten, dass die eigentlichen ökonomischen Ursachen der Krise von der EU und dem Euro selbst gesetzt wurden. Beide ermöglichten den heute zahlungsunfähigen Ländern über ihre eigenen Verhältnisse zu leben! Das hatte zur Folge, dass die Produktivitätsunterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften, die schon vor der Einführung des Euro bestanden, sich noch weiter vergrößerten. Weiterhin sprechen die Professoren nicht von Schuldentransfer, sondern von Haftungsrisiken, die durch fiskalische Kontrolle eingeschränkt werden könnten, wozu ein gewisser Souveränitätsverzicht notwendig sei. Sie sehen keine Alternative zu ihrem Modell, denn eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde die einzelnen Volkswirtschaften den „*unberechenbaren Schwankungen hochspekulativer Devisenmärkte aussetzen*“ und ihre Lage noch verschlimmern. Warum aber Länder wie Schweden, Dänemark, Norwegen, Polen, Großbritannien oder die Tschechei, die ja nach wie vor über souveräne Währungen verfügen, heute darunter nicht zu leiden haben, übersehen sie großzügig.

Gegenüber den ökonomischen Fakten resistent, schwärmen sie davon, „*die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen*“ und verraten damit dass sie von der Leistungsfähigkeit des Marktsystems wenig halten. Und diese Aussage hat Herr Bofinger, Ökonomie-Professor und Mitglied des Sachverständigenrates, unterschrieben? Dabei hatten die Deutschen in der vom Globalkapitalismus platt gemachten „Sozialen Marktwirtschaft“ bewiesen, dass ihr Verständnis marktwirtschaftlicher Leistung durchaus vereinbar ist mit angemessener sozialer Fürsorge. Diese Vereinbarkeit war schon das Markenzeichen der deutschen Wirtschaft seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, das sie vom Vulgärkapitalismus angelsächsischer Prägung unterschied und das auch für den erfolgreichen Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft und damit Deutschlands verantwortlich war. Wir

begehen sicherlich kein Unrecht, wenn wir behaupten, dass die drei professoralen Prediger sozialistischer Denkart im Laufe ihres Bildungsweges von diesen historischen Fakten nie sonderlich berührt worden sind, wie sonst können sie heute die Umkehr der „marktkonforme Fassadendemokratie“ in eine „sozialstaatliche Bürgerdemokratie“ fordern. Abgesehen von der sonderbaren Begriffsprägung „Bürgerdemokratie“ haben die Deutschen, zuletzt in der BRD, bewiesen, dass Sozialstaatlichkeit und Demokratie ganz gut funktionierten, bis die Soziale Marktwirtschaft dem Globalkapitalismus eliminiert wurde. Das war der Tribut für die deutsche Wiedervereinigung, den die Politiker in Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg bereitwillig geleistet haben. Das ist ein Faktum, das die den Staat tragenden Gesellschaftskreise in Deutschland auch nicht gerne hören.

Und nun meinen die drei Professoren, die Turbulenzen der Euro-Krise dazu nutzen zu können, um die vom anglo-amerikanischen Globalkapitalismus zerstörte Sozialstaatlichkeit im gesamten Euro-Raum wieder herstellen zu können. Das ist eine völlig utopische Vorstellung. EU und Euro wurden ja zu dem Zweck ins Leben gerufen, um einem deutschen Sonderweg auf dem Gebiet der Wirtschaft und der fürsorgenden Sozialstaatlichkeit ein für allemal den Garaus zu machen. Und nun glauben die ideologischen Wegbereiter im Dienst der SPD, das internationale Finanzkapital würde diese Restauration des Sozialstaatsgedankens für den gesamten Wirtschaftsraum aller Euro-Länder zulassen? Das ist wirklich utopisch und weltfremd. Es ist aber noch aus einem anderen Grund unrealistisch: Eine „euroweite einheitliche Sozialstaatlichkeit“ müsste nämlich die Angleichung aller Steuerquoten und Steuerstrukturen, der Staatsausgaben und auch der Sozialversicherungskosten und Sozialversicherungsleistungen zur Folge haben. Abgesehen davon, dass diese Strukturen über Jahrhunderte organisch gewachsen und deshalb an die Kulturen und Mentalitäten der Völker angepasst sind – wie ein maßgeschneiderter Anzug – hätte diese Vereinheitlichung weitreichende Folgen: Die Sozial- und Einkommensstandards von Spaniern, Portugiesen, Griechen, Italienern, Slowaken und Slowenen z.B. müssten auf Kosten des Lebensstandards der einkommensstärkeren Nationen angehoben werden. Die Transferunion würde sich dann nicht nur auf die Schulden erstrecken, sie würde alle Lebensbereiche erfassen, für alle absehbaren Zeiten!

Das werden die europäischen Nationen gerade in demokratisch organisierten Staaten nicht mitmachen! Es kommt ja noch hinzu, dass die Staaten auch noch zentrale Bereiche staatlicher Souveränität an supranationale Organe abgeben müssten, eine Vorstellung, die bei der deutschen Bevölkerung nach jahrzehntelanger Malträtierung durch medial gesteuerte Meinungsvorgaben vielleicht realisiert werden könnte, nicht aber bei den freien Völkern Europas, die dieser Tortur nicht unterzogen worden sind!

Die von sozialistischen Utopien geprägten Skizzen der drei Professoren zur Euro-Rettung entbehren jeglicher Realität. Es ist deshalb müßig, auf ihre weiteren Vorstellungen über die Einberufung eines „Verfassungskonvents“ zur Verwirklichung einer „supranationalen Demokratie“ einzugehen. Wir wollen stattdessen zusammenfassend noch einmal auf die logischen Fehler und Bruchstellen des Strategiepapiers hinweisen.

1. Erkenntnisverweigerung:

Die Autoren erkennen nicht oder ignorieren bewusst, dass der Euro selbst die Ursache der Euro-Krise ist. Sie nennen die Euro-Krise eine Staatsschuldenkrise und bezichtigen die Käufer von Staatsanleihen (Banken und Versicherungen) als Spekulanten, weil sie für ein höheres Risiko höhere Zinsen verlangen.

2. Axiom Euro-Rettung:
Sie fordern, dass die höheren Risiko-Kosten auf alle Euro-Staaten und deren Bürger verteilt werden, denn die Euro-Rettung ist für sie die oberste Maxime.
3. Der Etikettenschwindel Solidarität:
Die Übernahme fremder Schulden nennen sie Solidarität. Das ist ein offenkundiger Etikettenschwindel, denn gegen die Solidarität mit anderen Völkern und Nationen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil, sie ist angebracht und lobenswert, wenn diese Länder unverschuldet in Not gekommen wären. Das ist bei den überschuldeten Euro-Staaten aber nicht der Fall, denn sie haben Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt, das taten nur die Staaten, sondern auch die Wirtschaft und die privaten Haushalte. Die EU hat diese Schuldenberge mit den Nettozahlungen sogar subventioniert und Euro hat den staatlichen und privaten Schuldenmachern die niedrigen Zinsen beschert, während er den Gläubigern eine Sicherheit vorgaukelte, die nicht vorhanden war.
4. Produktivitätsunterschiede und Wettbewerbsdivergenzen werden größer:
Noch schlimmer aber wiegt die Erkenntnisverweigerung der drei Professoren, dass die Schuldenübernahme an der ökonomischen Tatsache der Produktivitätsunterschiede und den daraus folgenden Wettbewerbsunterschieden zwischen den Euro-Ländern nichts ändert. Diese Unterschiede sind heute sogar größer als vor der Euro-Einführung. Der Euro hat die heute zahlungsunfähigen Staaten förmlich „stranguliert“, weil sein Außenwert im Vergleich zur eigenen Währung relativ stabil blieb. Dies hatte sowohl die Importe als auch die Exporte erheblich tangiert.
5. Der Segen des Euro, die Importe wurden billiger:
In den Jahren vor dem Euro hatten sich die Importe der südlichen Peripherie-Länder wegen der Inlandsinflation und der damit verbundenen laufenden Währungsabwertungen verteuert. Das hat sie zur Sparsamkeit genötigt! Da sich der Außenwert des Euro danach nicht mehr verringerte, wie der Außenwert der eigenen Währungen zuvor, konnten Staat, Wirtschaft und Privathaushalte jetzt günstig im Ausland einkaufen. Die Kredite bekamen sie zu bis dahin nicht gekannten Vorzugszinsen von den Banken der Exportüberschussländer, aber auch die Banken und Finanzinvestoren aus den USA und Großbritannien ließen sich die Gewinnchancen nicht entgehen, die sich in „Euroland“ neu aufgetan hatten.
6. Der Fluch des Euro: Die Exporte wurden teurer:
Auf die Exporte (dazu gehört auch der Tourismus) wirkte sich der relativ stabile Außenwert des Euro (gemessen am US-Dollar) negativ aus, sie verteuerten sich. Die Handels- und Leistungsbilanzdefizite mussten zwangsläufig ansteigen. Es dauerte eine Weile, bis die auf Spekulationsgeschäfte getrimmte internationale Finanzindustrie merkte, welches Kreditrisiko sie eingegangen war und von da an wegen des höheren Risikos auch höhere Zinsen verlangte, wie sie das vor der Euro-Einführung wegen des Abwertungsrisikos immer schon getan hatte.

Als Fazit unserer Analyse ist festzustellen: Der Schuldentransfer ist kein Akt der Solidarität. Er ändert an der ökonomischen Schieflage nichts. Diese wurde durch die EU und den Euro verursacht und forciert. Den Deutschen muten die drei Professoren mit ihrem Modell eines „sozialen Europas“ Transferleistung für alle Zukunft zu, die auch die Kräfte der deutschen Volkswirtschaft überfordern wird. Das sind die ökonomischen Fakten, die auch professorale, ideologiebehaftete Rabulistik nicht aus der Welt schaffen kann.